

Beschlussvorlage Nr. BA 1/2025

Zuständig: Fachbereich 5
Beteiligt:
Bearbeiter: Herr Sprenger

öffentlich
ja

Tagesordnungspunkt:

Neufassung der Betriebssatzung der Stadt Balve für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Stadtwerke Balve -Betrieb Abwasserbeseitigung-"

Gremium ↓	Sitzungstermin ↓
Betriebsausschuss	26.06.2025
Rat der Stadt Balve	09.07.2025

Finanzielle Auswirkungen: nein

Beschlussvorschlag:

Der Betriebsausschuss schlägt dem Rat der Stadt Balve folgende Beschlussfassung vor:

Der Rat der Stadt Balve beschließt die beigefügte Neufassung der Betriebssatzung der Stadt Balve für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Stadtwerke Balve -Betrieb Abwasserbeseitigung-".

Sachdarstellung:

Die bislang gültige Betriebssatzung der Stadt Balve für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Stadtwerke Balve - Betrieb Abwasserbeseitigung-" datiert in ihrer Grundform vom 13.12.2006. In der Zwischenzeit haben sich die rechtlichen Grundlagen für Eigenbetriebe bzw. eigenbetriebsähnliche Einrichtungen bedingt durch Rechtsprechung und die Änderung von landesrechtlichen Regelungen geändert. Diesen Änderungen trägt die zuletzt im Jahr 2024 vom Städte- und Gemeindebund neu herausgegebene Mustersatzung für Eigenbetriebe Rechnung.

An dieser Mustersatzung orientiert sich auch der vorliegende Entwurf der Neufassung der Betriebssatzung der Stadt Balve für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Stadtwerke Balve - Betrieb Abwasserbeseitigung-" ganz überwiegend. Im Vergleich zur bislang gültigen Betriebssatzung sind neben der Anpassung von finanziellen Schwellwerten lediglich zwei Änderungen wesentlich:

In § 3 Abs. 2 und Abs. 5 wird nun ausdrücklich geregelt, dass die Betriebsleitung ermächtigt ist, für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Verträge der laufenden Verwaltung abzuschließen, sowie Verwaltungsakte der laufenden Verwaltung, Beitrags- und Gebührenbescheide und Bescheide zur Begründung, zum Umfang und Aufrechterhalten eines Anschluss- und Benutzungszwanges zu erlassen. In der Praxis ist dies bereits so gehandhabt worden. Aufgrund ergangener Rechtsprechung ist es jedoch empfehlenswert, diese Befugnis in Abgrenzung zu den Befugnissen des Bürgermeisters ausdrücklich auf die Betriebsleitung übergehen zu lassen, um Prozessrisiken insbesondere bei erlassenen Verwaltungsakten zu minimieren.

Durch das 3. NKFVG vom 5. März 2024 (GV.NRW S. 136) ist § 25 EigVO, der die Aufstellung eines Lageberichts entsprechend den Vorschriften des § 289 des Handelsgesetzbuches vorschrieb, gestrichen worden und damit die Verpflichtung zur Aufstellung eines Lageberichts weggefallen. Hintergrund ist unter anderem, dass die EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung Teil der nicht finanziellen Erklärungen des Lageberichts sein wird. Das Entfallen der Pflicht zur Erstellung eines Lageberichts in § 14 der Betriebssatzung schafft die Voraussetzung, um den sehr umfangreichen Pflichten der EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung nach der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) nicht nachkommen zu müssen. Die stetig anwachsenden inhaltlichen Vorgaben für Lageberichte erfüllen zu müssen, würde ansonsten einen enormen bürokratischen Aufwand für die Stadtwerke nach sich ziehen. Wichtige Erläuterungen und Kennzahlen, welche bisher im Lagebericht dargestellt wurden, sollen zukünftig im Anhang oder in weiteren freiwilligen Erläuterungsdokumenten bereitgestellt werden.

Der Betriebsleiter

Dipl.-Ing. H. Mühling